



Medienmitteilung: Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die Radgenossenschaft verlangt volle Aufklärung

Der Nationalrat beschliesst voraussichtlich heute, 27. April 2026, die Kindswegnahmen an Jenischen und Sinti, welche zur Zerstörung von Familien und zur schweren Beschädigung der jenischen Kultur geführt haben, als «Verbrechen gegen die Menschlichkeit» zu verurteilen. Der Bundesrat hat im Februar 2025 diese Verbrechen ebenfalls anerkannt und seine Beteiligung eingestanden.

Ein Durchbruch nach Jahrzehnten

Seit Jahrzehnten diskutieren jenische Aktivistinnen und Aktivisten über die Handlungen der Pro Juventute, des Seraphischen Liebeswerks, des Bundes und von kommunalen Fürsorgestellen und verlangen die Anerkennung als völkerrechtliche Verbrechen. 1988 schon verlangte Mariella Mehr, unterstützt durch die Radgenossenschaft, die Pro-Juventute-Akten als Dokumente eines Völkermords zu betrachten. Den Durchbruch brachte die Eingabe der Radgenossenschaft der Landstrasse, unterstützt von den Organisationen «Schäft Qwant», «Jenisch-Manisch-Sinti» und weiteren Einzelpersonen, vom 8. Januar 2024 an Bundesrätin Baume Schneider, worin die Anerkennung als «Kultureller Genozid» verlangt wurde. Das in Auftrag gegebene völkerrechtliche Gutachten von Prof. Oliver Diggelmann und seinem Team erkannte „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, die von gleicher Schwerstufe sind wie Genozid.

Aufarbeitung, Thematisierung im Schulunterricht und Aktenzugang

Jetzt braucht es die Aufarbeitung in allen Belangen: über die Rolle des Seraphischen Liebeswerks, über Heiratsverbote und Zwangssterilisierungen. Immer noch gibt es Giftschränke, die geöffnet müssen. Nun müssen Akten nicht bloss für Forschende von Hochschulen, sondern auch für jenische Kulturschaffende und Nachkommen von Opfern zugänglich gemacht werden, die bisher systematisch von den Archiven ferngehalten wurden. Die Radgenossenschaft erarbeitet eine Studie zum Seraphischen Liebeswerk. Jetzt muss endlich auch die Thematisierung in den Schulen folgen. Die Geschichte der nationalen Minderheiten unseres Landes gehören in den Unterricht.

Eine Bundeskompetenz für die Schaffung von Plätzen

Die Radgenossenschaft empfindet – soweit dies angesichts des verursachten Leids möglich ist – Genugtuung über die Anerkennung, dass völkerrechtliche Verbrechen begangen wurden. Wir erwarten vom Bund, dass er sich nicht mit Erklärungen begnügt, sondern beiträgt zur Wiederherstellung von Kultur und Lebensweise der Jenischen und Sinti. Diese sind weiterhin akut bedroht, wie die Schwarz-Peter-Spiele zwischen föderalistischen Instanzen um die Schaffung von Stand- und Durchgangsplätzen beweisen. Für die Schaffung von Plätzen braucht es eine Bundeskompetenz, damit die Gemeinden dies nicht weiter verhindern können.

27. April 2026, Radgenossenschaft der Landstrasse

Daniel Huber, Präsident

Willi Wottreng, Geschäftsführer

Kontakt für Rückfragen: 076 572 18 13 (Willi Wottreng)